Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,950
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 94. Sonnabend den 4. April 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 5. April, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit folgende Straßen bez. Straßentheile neu- resp. umpflastern zu lassen, und zwar:

die **Colonnadenstraße** von der östlichen Flucht der Fabrikstraße der Alexanderstraße bis zum Westplatz,
die **Eutritzscher Chaussee** auf der Strecke von der Gasanstalt bis zum Chausseehaus,
die **Grimmaische Straße**,
die **Marienstraße** auf der Strecke von der Schützenstraße bis mit der Kreuzung der Salomonstraße,
die **Promenadenstraße** von der nördlichen Fluchtlinie der Elsterstraße bis zu der neugepflasterten Fahrstraße auf dem Westplatz,
die **Windmühlen-Gasse**,
die **Zeitzer Straße**,
den **Bayerischen Platz**,
die **Dresdner Straße**,
die **Gerberstraße**,
die **Hainstraße**,
am **Roßplatz** vor Nr. 6 bis zum Panorama und
die **Ringstraße** von der Centralbrücke bis zum alten Amtshofe.

In Veranlassung dessen sind die Besitzer der an vorgenannten Straßen angrenzenden Grundstücke nach unserer Bekanntmachung vom 10. März 1881 verpflichtet, die Traufs-, Fallrohr- und Wirthschaftswässer durch unterirdische Beischleußen für ihre Rechnung direct in die Hauptschleuße abzuleiten, und zwar sind diese Anlagen auf Kosten der Betheiligten durch uns, nachdem das hierfür zu bewilligende Baukostenquantum eingezahlt ist, außerhalb der Privatgrundstücke innerhalb des Straßenkörpers auszuführen.

Wir fordern daher die Besitzer bez. Verwalter der an genannte Straßen angrenzenden Grundstücke auf, wegen Unterführung der Fallrohre bez. wegen nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Ausführung der Arbeiten von uns rechtzeitig auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Auch sind etwa beabsichtigte, die bezeichneten Straßen berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasser-Leitungen vor der Pflasterung auszuführen.

Mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters werden Arbeiten der vorgedachten Art im Straßenkörper während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Pflasterung in der Regel nicht zugelassen.

Leipzig, am 26. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Grunzmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Wegen der sofort nach Ostern beginnenden Regulirung der **Dresdner Straße** wird dieselbe sammt den Einmündungen der Seitenstraßen auf den jeweilig in Ausführung begriffenen Strecken, soweit dies die Arbeiten erfordern, auf die Dauer derselben theils **für den durchgehenden,** theils **für allen unbefugten Fahrverkehr** gesperrt.

Wer sich erlaubt, mit Fuhrwerk irgend einer Art die gesperrten Strecken unbefugt zu befahren, wird **um Geld bis zu 60 Mark** oder mit **Haft bis zu 14 Tagen** bestraft werden, und zwar in der Regel bereits im ersten Falle mindestens um 10 ℳ oder mit **Haft von 2 Tagen.**

Während früherer Sperrungen hat man sich erlaubt, auf dem Gleise der Pferdebahn die abgesperrten Strecken zu durchfahren. Wir machen daher ganz ausdrücklich hierdurch darauf aufmerksam, daß es auch während der bevorstehenden Arbeiten bei obengedachter Strafe verboten ist, **den auf den abgesperrten Strecken für die Pferdebahnwagen freigelassenen Raum mit anderen Wagen unbefugt zu befahren.**

Leipzig, 2. April 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Vermiethung von Geschäftslocalitäten.

Eingetretener Umstände halber sollen die zur Zeit an Herrn Kaufmann Louis Gruner vermietheten, aus **einem Vorsaal, zwei 2fenstrigen Stuben** nach der Reichsstraße und **einer Kammer** bestehenden **Geschäftslocalitäten** in der **1. Etage** des Hauses **Selliers Hof** Reichsstraße Nr. 55 Grimmaische Str. Nr. 36 **vom 1. October dss. Js. an,** oder auf Wunsch auch schon **früher,** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden und sind Miethgesuche auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen nebst dem Inventarium der zu vermiethenden Geschäftslocalitäten eingesehen werden.

Leipzig, den 26. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Nichtamtlicher Theil.

Frankreich ohne Regierung.

Seit dem 30. März herrscht in Frankreich wiederum das Chaos, genau wie vor zwei Jahren nach dem Rücktritt Ducleré's. Nach den Erfahrungen, welche das Ministerium Ferry gemacht hat, mag es schwer halten, die nöthige Anzahl von Personen zusammen zu bringen, welche sich auf ähnliche Unannehmlichkeiten gefaßt machen müssen, wie sie den abgetretenen Ministern bezeugt sind. Die eigentlichen Beweggründe für den Sturz Ferry's sind die Wünsche der Radicalen und der äußersten Linken, ans Ruder zu kommen; außerdem halten die Bonapartisten die Gelegenheit für günstig, Lärm zu schlagen. Detaffosse, Cassagnac, Jolibois sind die Leute, welche neben Clemenceau und Laisant seit dem 30. März das große Wort führen. Bezeichnend für die Sachlage ist der Streit zwischen der „Justice", dem Organ Clemenceau's und der „République française", dem Organ der Opportunisten über die Bildung des Ministeriums. Clemenceau hat an dem neuen Ministerium nur auszusetzen, daß er selbst darin keine Stelle findet, deshalb klagt er die Anhänger der verflossenen Regierung an, daß sie die Verhandlungen Freycinet's erschweren, und die „République française" erwidert darauf sehr treffend, daß die Opportunisten lediglich einen Act der Nothwehr ausüben, wenn sie ihren Parteigenossen in dem neuen Cabinet Sitz und Stimme sichern wollen. Freycinet zeigt der Lage gegenüber anerkennenswerthen Muth, daß er kein Mittel unversucht läßt, ein neues Ministerium zu Stande zu bringen, und es ist zu wünschen, daß ihm die Bildung desselben gelingen möge.

Der Verlauf der Kammersitzung vom 2. April hat gezeigt, wie groß die gegenwärtig herrschende Verwirrung ist. Jolibois stellt den Antrag, eine Commission für die laufenden Regierungsgeschäfte einzusetzen, da kein Ministerium existire, und die Hauptsache ist für ihn, daß die abgetretenen Minister in Anklagezustand versetzt werden. Der erstgenannte Antrag ist mit 348 gegen 77 Stimmen abgelehnt worden, woraus erhellt, daß 348 Abgeordnete auf das Zustandekommen eines Ministeriums Freycinet rechnen, während es den 77 Unterstützern des Antrags genehm sein würde, wenn Frankreich den Gefahren eines Zwischenregiments ausgesetzt würde. Anarchistische Neigungen sind bereits hervorgetreten, welche sich die Unsicherheit des bestehenden Zustandes zu Nutze machen wollen; außerdem sucht sich die Börse durch plumpe Erfindungen über die Schwierigkeiten der Lage hinwegzuhelfen. Das sind sehr bedenkliche Erscheinungen, welche erkennen lassen, wie unterwühlt die Verhältnisse in Frankreich sind. Revolutionaire Kundgebungen wurden in Paris schon als Folge der aus Tonkin eingetroffenen Nachrichten befürchtet, ein Ruhestörungsversuch ist bereits gemacht worden, die übrigen werden folgen, **wenn nicht bald** ein neues Cabinet die Regierung übernimmt.

Was die Gemüthungen Freycinet's hauptsächlich lähmt, ist die naheliegende Gewißheit, daß sein Cabinet nur ein Uebergangs-Ministerium sein kann, weil die Wahlen vor der Thür stehen. In Frankreich ist das seit geraumer Zeit so Sitte, daß jede Veränderung der äußeren und inneren Verhältnisse zunächst durch eine neue Regierung beantwortet werden muß. Ueber diese Gewohnheit siegt nur Derjenige, welcher die neuen Verhältnisse selbst geschaffen hat. Es würde deshalb kein Hinderniß für Ferry bestanden haben, die Regierung auch nach den Neuwahlen fortzuführen, während Freycinet dazu nur dann in der Lage sein wird, wenn er bis zu dem genannten Zeitpunct ganz überraschende Erfolge aufzuweisen hat. Wenn es ihm gelingt, mit China unter Bedingungen Frieden zu schließen, die für Frankreich ehrenvoll sind, und wenn seine Partei in der neuen Kammer die Mehrheit gewinnt, dann ist die Möglichkeit für ihn geboten, am Ruder zu bleiben; andernfalls ist im September oder October mit Sicherheit ein neues Ministerium zu erwarten. Die Kammersitzung vom 2. April hat gezeigt, daß die Aufregung, welche seit dem 30. März besteht, sich noch nicht gelegt hat, also ist ein sofortiges Zurückgreifen auf Ferry nicht zu hoffen; aber daß die Laufbahn dieses tüchtigen Staatsmannes überhaupt mit seinem Rücktritt abgeschlossen sein sollte, das können nur Leute von der Leidenschaft eines Rochefort glauben, der es am liebsten gesehen hätte, daß man Ferry geköpft hätte. Das sind augenblickliche und schnell vorübergehende Stimmungen, etwa von der Art wie die Aufwallung gegen den Ulanenkönig Alfons oder die patriotischen Bekundungen bei Gelegenheit der Einweihung des Niederwaldmonuments. Heute bestehen gute Beziehungen zu Spanien und leidliche zu Deutschland, und wenn sich die Gemüther beruhigt haben, dann wird man sich auch des Mannes erinnern, welcher mit großer Geschicklichkeit die Regierung Frankreichs in schwerer Zeit zwei Jahre lang geführt hat, was bekanntlich vor ihm seit dem Sturze Napoleons III. noch keinem Minister gelungen ist. Vorläufig kommt es darauf an, wie sich die Sachlage in Tonkin gestaltet; erst wenn die französischen Truppen dort wieder irgend einen Erfolg errungen haben, wird die verloren gegangene Besonnenheit der Mehrheit der Kammer zurückkehren, und dann wird man auch Ferry mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen als bisher. Aber die letzten Nachrichten aus Tonkin sind durchaus nicht dazu angethan, um solche Wirkung hervorzubringen. Die Besetzung der Fischerinseln durch Admiral Courbet ist ohne Belang und die angeblich bei diesem Anlaß gefallenen 600 Chinesen können für den Verlust von Langson und die Vernichtung von 2000 Franzosen keinen Ersatz bieten. Das Entscheidende ist die Lage in Tonkin, und diese ist schlimm genug. Die Brigade Herbinger, ehemals Negrier, ist in guter Ordnung in Kep und Chu eingetroffen, nachdem sie bis zum 31. März Nachmittags 2 Uhr mit den Chinesen Fühung gehabt hatte. „Die Verfolgung des Feindes ist nicht heftig und die französischen Verluste sind unerheblich", schließt die letzte Depesche Brière's, es wird damit also nur bestätigt, daß die Franzosen immer weiter zurückgedrängt werden. Von der ursprünglichen Rückzugslinie Thamoi und Dogson ist nicht mehr die Rede, sie ist bereits aufgegeben, obwohl sie als stark und mit allem Kriegsmaterial ebenso gut wie mit Proviant ausgerüstet angepriesen worden war. Man wird dadurch an die Schlußworte der Depesche Brière's nach der Niederlage von Langson erinnert, welche lauten: „Ich hoffe das Delta des rothen Flusses halten zu können."

In der Zwischenzeit vom Rücktritt des Ministeriums Ferry bis zur Neubildung des nachfolgenden Cabinets ruht die Regierungsgewalt in der Hand des Präsidenten Grévy und des die militairische Verwaltung fortführenden Ministers Lewal für das Landheer und Peyron für die Marine, außerdem bei der Kammer, welcher aber die Executive mangelt. Deshalb wollte Jolibois auch die Einsetzung einer Regierungscommission. Sollte der regierungslose Zustand noch länger dauern, so wäre es zu verwundern, wenn sich nicht Stimmen zu Gunsten Ferry's erhöben, dessen Unschuld an der Katastrophe in Tonkin doch ganz unzweifelhaft ist. Die Suezcanalcommission ist von der herrschenden Verwirrung auffallender Weise unberührt geblieben, sie hat ihre Arbeiten fortgesetzt ganz als ob das Ministerium Ferry noch im Amte wäre. Der Bevollmächtigte für die technische Frage der Londoner Conferenz Barrère ist zum Vorsitzenden der gewählten Subcommission ernannt worden, die Führung der Geschäfte befindet sich also in guten Händen.

Bei dieser Gelegenheit sieht man übrigens, daß der vielgeschmähte und wegen seiner Schwäche verspottete Grevy doch in entscheidenden Augenblicken seiner Aufgabe durchaus gewachsen ist. Sein Verhalten nach dem Sturze Ferry's war in jeder Beziehung correct und besonnen. Er conferirte mit dem Kammerpräsidenten Brisson über die Lage, nachdem dieser die Bildung des neuen Cabinets abgelehnt hatte, und berief dann nicht etwa die Hauptschreier der Mehrheit, welche Ferry gestürzt hatte, sondern Freycinet. Hätte er statt dessen Clemenceau mit der Bildung des Cabinets beauftragt, so wäre das für die Vertreter der äußersten Linken das Zeichen zum Losschlagen gewesen. Wenn auch Clemenceau nicht auf Seiten Derer steht, welche die Bourgeois vom Erdboden vertilgen und auf den Trümmern von Paris die Commune wiederherstellen wollen, so steht er dieser Partei doch nahe genug, um sie zu den ausschweifendsten Thaten zu ermuntern. Der Frühling ist da und mit ihm die erfahrungsgemäß geeignetste Jahreszeit zur Entfaltung revolutionairer Leidenschaften. Unter solchen Umständen bedarf es nur eines leisen Anstoßes, um die Dinge ins Rollen zu bringen. Grévy hat diese Gefahr richtig erkannt und sie durch Berufung Freycinet's vorsorglich vermieden. Diese Thätigkeit vollzieht sich innerhalb eng zugemessener Grenzen, aber das Walten eines solchen Einflusses ist doch von hervorragender Wichtigkeit. Frankreich ist der Ruhe und Besonnenheit seines ehrwürdigen Präsidenten zu großem Dank verpflichtet.

Leipzig, 4. April 1885.

* Nachdem die Auflassung des Rittergutes **Schönhausen** bereits erfolgt ist, hat am Donnerstag die Uebergabe desselben an den Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, den Herrn Amtsrath Diede-Barby, stattgefunden. Dem Vernehmen nach soll der Reichskanzler die Absicht hegen, sich in nächster Zeit nach Schönhausen zu begeben.

* **Zur parlamentarischen Lage in Preußen** wird officiös aus Berlin geschrieben:

Der „Reichs- und Staatsanzeiger" hat gestern das preußische Etatsgesetz pro 1885/86 publicirt, und anknüpfend hieran möchten wir nur eine kurze Betrachtung folgen lassen. Im Herrenhause, wo schon früher gelegentlich der Berathung des Gesetzes, betr. die Convertirung der 4½procentigen Consols in 4procent., seitens des Grafen Stolberg dem Leiter des Finanzministeriums uneingeschränkte Anerkennung gezollt wurde, ist bei der Berathung des preußischen Staatshaushaltsetats ausdrücklich darauf hingewiesen, ein wie starkes Zeichen des Vertrauens zu der Finanzleitung die nahezu unveränderte Annahme des Vorschlages seitens der Landesvertretung bildet. In der That ist in Preußen wohl noch nie ein Etat so ohne jeden Abstrich genehmigt worden wie derjenige für 1885/86, und das ist um so bemerkenswerther, wenn man erwägt, daß große Parteien innerhalb der Volksvertretung die Parole: „Daumen auf den Beutel" ausdrücklich ausgegeben haben. Zieht man auf der anderen Seite die noch in den letzten Tagen von Neuem evident zu Tage getretene Bereitwilligkeit des Leiters des preußischen Finanzwesens in Betracht, die Wirthschafts- und Steuerpolitik des Reiches unter Verzicht auf naheliegende technische Bedenken in Einzelfragen rückhaltlos und kräftigst zu fördern, so wird man schon sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die in der Presse verbreiteten Gerüchte über die angebliche Erschütterung der Stellung des Finanzministers der inneren Wahrscheinlichkeit völlig entbehren. Wie es scheint, hat das Bedürfniß eines Theiles der Presse nach sensationellen Nachrichten sich zur Zeit auf die Mythenbildung in der Richtung angeblicher Ministerkrisen geworfen; neben Herrn v. Scholz wurden vor einiger Zeit auch der Cultusminister und der Landwirthschaftsminister in ihrer Stellung als erschüttert bezeichnet, obwohl auch für diese Nachricht nicht der mindeste thatsächliche Anhalt vorhanden war. Wir sind vielmehr in der Lage, nach unseren Informationen bestätigen zu können, daß die völlige Uebereinstimmung innerhalb der königlichen Staatsregierung keinen Augenblick erschüttert und von einer Krisis, da wo sich dieselbe zuerst geltend gemacht haben sollte, nie die Rede gewesen ist, wie ja auch das Vertrauen der Landesvertretung zur Staatsregierung als völlig außer Zweifel stehend wird angesehen werden müssen. Bezeichnend ist, daß solche Krisengerüchte in der Regel von Seiten verbreitet werden, welche entweder der grundsätzlichen Opposition angehören oder die selbst naheliegende Interessen verfolgen. Es liegt daher nahe, auch hier wiederum ein Manöver zu vermuthen, welches auf Discreditirung der Regierung oder eines einzelnen Mitgliedes derselben, weil dasselbe, wie z. B. in der Münzfrage, als ein Gegner aller bimetallistischen Bestrebungen gehalten wird, abzielt. Der Vorwurf, daß der Kanzler viele Minister verbrauche, ist früher schon von jener Seite erhoben, aber wieder verstummt, als ein zahlenmäßiger Vergleich mit der Dauer der preußischen Ministerien und derjenigen in anderen Staaten dessen völlige Haltlosigkeit nachwies. Jetzt wird, wo man jene Widerlegung für vergessen erachtet, die Wiederauffrischung verlacht, bald hier, bald dort das Gerücht einer Ministerkrisis angeknüpft und so das Vertrauen in den Bestand und die Sicherheit des Ministeriums zu erschüttern gesucht. Allein die völlige Homogenität des Ministeriums steht auch für die mindereingeweihten Kreise der Bevölkerung so außer Zweifel, daß alle jene Versuche nur einen durchaus ephemeren Charakter tragen und die öffentliche Meinung zu verwirren außer Stande sind.

* Die **Klerikalen in Belgien** werden immer dreister in ihrem Auftreten und ihre Presse mit jedem Tage kühner in den Forderungen. Die „Lüttticher Zeitung" erklärt dem Könige rundweg, daß, da er den freimaurerischen Einflüssen zugänglich bleibe, die Katholiken mit ihrer Geduld bald zu Ende sind, und die fromme „Patrie", welche die Beamten aller Ministerien nach ihren politischen Gesinnungen aufzeichnet, fordert deren Säuberung, da der größte Theil dieser Beamten liberal sei. Die Klerikalen wollen Schule, Gerichte und Verwaltung der Kirche unterordnen. In der Zerstörung des öffentlichen Schulwesens geht das Ministerium energisch vor. Der „Moniteur" bringt täglich Erlasse, welche den Gemeinden das Recht gewähren, ihre einzige Communalschule aufzuheben und eine klerikale Schule zu adoptiren. Um so bedeutsamer ist die Adresse, welche das Centralcomité der Vereinigung der belgischen Lehrer an den König aus Anlaß des Congounternehmens richtet und durch welche die Klerikalen in unbeschreiblichen Zorn versetzt worden sind. In dieser Adresse beglückwünschen „die bescheidenen Pioniere der Civilisation" den König, daß er die noch in der Barbarei schmachtenden Gegenden dem Unterricht eröffnet hat, der wesentlichsten Quelle des Glückes einer Nation! Da in Belgien die Regierung der Ansicht sei, daß der Kampf gegen die Ignoranz beendet sei, habe sie mehr als tausend Lehrer und Lehrerinnen dem Unterricht entzogen: „diese tapfere Armee" warte nur auf die Gelegenheit, ihre unterbrochene Aufgabe zu erfüllen, und biete dem Könige ihre Dienste bei dem civilisatorischen Werke in Afrika an! „Indem unsere durch das Gesetz von 1884 abgesetzten Amtsgenossen, so schließt die Adresse, ihre die Moralität befördernde Mission im weiten Congogebiete erfüllen, werden sie die hochherzigen Bemühungen Ew. Majestät befruchten, und ihre Frauen und ihre Kinder, befreit von der Regierung, die sie so grausam bedrückt, werden Ihren Namen segnen!" Die hohe Geistlichkeit, die sich bisher vom Throne sehr ferngehalten, bietet jetzt sichtlich Alles auf, um das Wohlwollen des Königs sich zu erwerben. Die Bischöfe suchen oft Audienzen nach und erhalten solche. Die Bischöfe von Namur und Tournai, die nach Rom beschieden wurden, haben sich vorher beim Könige verabschiedet. Da die belgischen Bischöfe die Encyclica Humanum genus nicht publicirt haben, da sie constitutionswidrig ist, will der Vatican diesen Grund prüfen.

Nachträgliches zur Bismarck-Feier.

** Berlin, 2. April. Unser Kaiser hatte in diesem Jahre das bei uns sprichwörtlich gewordene Kaiserwetter seinem Kanzler abgetreten, denn am 22. März fielen dichte Schneeflocken vom Himmel hernieder, während am 1. April die helle Frühlingssonne über der im Festschmuck prangenden Reichshauptstadt lachte. Auch der vorhergehende Tag, auf den bereits ein integrirender Theil der Bismarck-Feier fiel, zeigte bis zum Abend ein wolkenfreies Antlitz und so waren alle Vorbedingungen vorhanden, um die siebzigste Geburtstagsfeier unseres großen Staatsmannes zu einer völlig ungetrübten zu gestalten. Es war ein herrliches Stück Weltgeschichte, welches sich an diesen beiden Tagen in Berlin abspielte, man hörte in den lauten und enthusiastischen Kundgebungen, von denen die Straßen widerhallten, gleichsam den Herzschlag der gesammten Nation pulsiren. Die Glück- und Segenswünsche, welche aus allen Theilen unseres deutschen Vaterlandes in jenem Hause der Wilhelmstraße zusammenliefen, fanden in den nicht enden wollenden Jubelrufen der hauptstädtischen Bevölkerung ihren beredtesten Ausdruck. Mag Berlin immerhin Männer der Opposition in Reichstag und Landtag schicken, daß es aber trotzdem ein volles und dankbares Verständniß für die Größe und Bedeutung Bismarck's besitzt, hat es an dessen jüngstem Geburtstag überzeugend bewiesen. Nicht durch den kleinsten Mißton ist die erhebende Feier gestört worden und auch während der Festzüge, welche in den von ihnen berührten Straßen Hunderttausende versammelten, blieb überall Ruhe und Anstand gewahrt. Man hat damit dem Ausland, das unsere inneren Verhältnisse oft so falsch beurtheilt, den Beweis dafür geliefert, daß das deutsche Volk trotz aller Meinungsverschiedenheiten in politischen Tagesfragen doch die unsterblichen Verdienste seiner großen Männer zu würdigen und anzuerkennen weiß. Mit unheilbarer Blindheit müßte ja auch Derjenige geschlagen sein, welcher dieser Bismarck-Feier ihre Berechtigung absprechen wollte. Mit Freude hat die deutsche Nation diese Gelegenheit ergriffen, um ihrem genialen Leiter mitten unter den noch immer auf ihn gerichteten Angriffen endlich einmal zu zeigen, wie warm und dankbar sie für ihn empfindet. Mit elementarer Gewalt hat sich der Gedanke zu dieser Feier in allen Gauen Deutschlands Bahn gebrochen; da half kein Warnen und Abrathen, kein geheimer Befehl der Parteiführer, daß man sich keinesfalls betheiligen dürfe; selbst in den Kreisen, welche die erbittertsten Gegner des Fürsten Bismarck in das Parlament schicken, gab es Commerse, Festreden und Fackelzüge. Der naiv Sinne des Volkes wurde eben durch diese Feier zu dem Vergleiche angeregt, was Deutschland war, bevor Bismarck die Führung der Staatsgeschäfte übernahm, und was es unter ihm geworden ist. Im vergangenen Herbst waren es 22 Jahre, daß er an die Spitze des preußischen Ministeriums trat. Welcher Zeitraum von Kampf und Mühe, von rastloser Thätigkeit und eiserner Energie, aber auch welche Zeit der ungehaltenen Erfolge für den Gefeierten. Wenn das deutsche Volk zurückdenkt an das Jahr 1862, da der Gesandte von Bismarck von Paris nach Berlin berufen ward, an jene trübe Periode, da die kleinlichen Intriguen des seligen Bundestags den Mittelpunct der politischen Thätigkeit bildeten und Deutschland nur als „geographischer Begriff" existirte, und es blickt dann auf das Jahr 1885 und die hochgeachtete, ausschlaggebende Stellung, welche dasselbe Deutschland jetzt einnimmt, so glänzt uns der Name „Bismarck" mit leuchtenden Buchstaben aus diesem gewichtigen Abschnitte der Weltgeschichte entgegen. Und mögen seine verbissenen Gegner, die neidischen Widersacher, welche ihm seine Größe nicht verzeihen können, noch so eifrig bemüht sein, ihm seine Verdienste zu schmälern, an seinem Ruhm zu mäkeln; mögen sich ihre Invectiven bis zur persönlichen Beleidigung steigern: es ist nur ein kurzer Triumph, den sie feiern; denn aus allen Kämpfen mit ihnen ist er immer als Sieger hervorgegangen. Mit Sorgfalt und emsigem Fleiß hat die Presse in diesen Tagen alle jene kleinen Züge aus dem Leben des Reichskanzlers zusammengetragen, aus denen seine heldenhafte Gestalt vor den Augen des Volkes aufs Neue erwächst; sie hat alle jene Aussprüche gesammelt, welche er unter den wechselnden politischen Constellationen gethan und welche zeigen, wie der pfadfindende Genius niemals das rechte Ziel aus den Augen verliert. Und wie köstlich ist die Literatur, welche sich jetzt schon an den Namen „Bismarck" knüpft, durch die Feier seines siebzigsten Geburtstags bereichert worden! Ein weltgeschichtlicher Moment war es, als unser greiser Monarch mit Sohn und Enkeln die Treppe emporstieg, um seinem treuesten Diener den Glückwunsch persönlich darzubringen; als der Kanzler seinem Kaiser entgegeneilte und von diesem, tief bewegt, umarmt und geküßt ward. Ein unvergeßlicher Anblick war es, als bei dem Fackelzug ein Chargirter der Kunstakademie einen Lorbeerkranz auf seiner Degenspitze zu dem Fenster des Fürsten hinaufreichte und die Fürstin den Kranz über die Helmspitze des Gatten legte; als die Sänger in den Vorhof des Palais einschwenkten und der Reichskanzler, nachdem ihm die tönende Huldigung dargebracht, seinen Dank mit den Worten begann: „Ja, noch zehn Jahre wie heute" — und ihn der begeisterte Jubel der dichtgedrängten Menge unterbrach, aus dem ihm die Rufe entgegenschallten: „Zwanzig Jahre, dreißig Jahre, hundert Jahre, Fürst Bismarck hoch!" Solche herrliche, herzerquickende Scenen sind wahre Perlen in dem Leben einer Nation und die unsrige mag sie in treuem, dankerfülltem Gedächtniß bewahren. Johannes Scherr, der trotz seiner republikanischen Schrullen doch ein aufrichtiges Gefühl für das deutsche Kaiserreich und seinen Kanzler besitzt, schreibt am Schluß seines Werkes: „1870—1871" über die Truppeneinzug in Berlin am 16. Juni 1871: „Das war ein